

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
31 (1917)**

38 (15.2.1917)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-574234](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-574234)

Von den Balkanfronten.

Der bulgarische Bericht.

(M. T. S.) Sofia, 12. Februar. Mazedonische Front: Gemischte Artillerieeigenschaften an der gesamten Front. In einzelnen Abschnitten Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zwischen Waidbüscheln. In der Luft lebhaftes Kampfbild mit Bombardieren und oberhalb der Rüste von Orfano. Desistlich vom Bahnhof etwas unterhalb dem Baumweg einen englischen Zweidecker niedergehen. Das Flugzeug zerbrach auf dem Erdboden. Der Führer ist tot.

Rumänische Front: Bei Niascha vereinzeltes Artilleriefeuer an beiden Ufern der Donau. Bei Komandi Flugwechsel zwischen den Seiten auf beiden Seiten des St.-Georg-Armes.

Die künftige Gemüseversorgung Deutschlands.

Von ausländischer Seite erfahren wir:

Als vor sechs Wochen v. Batofski die Lieferungsverträge zur öffentlichen Erörterung stellte, wurde er mißverstanden, weil man glaubte, es läge in seiner Absicht, eine Änderung des Systems herbeizuführen, als ob in Zukunft die Kommunalverbände den Abschluß von Lieferungsverträgen für alle Lebensmittel in die Hand nehmen sollten. Das war ein Irrtum. Immer nur handelte es sich bei der Batofskischen Anregung um Lieferungsverträge für einzelne Warenmittel. In erster Linie kommt hierbei das Gemüse in Betracht. Seiner Natur nach eignet es sich nicht für eine zentrale Verwaltung. Das Gemüse wird den Konsumenten am geordentlichsten so zugeführt, daß es auf den Märkten und bei den Kleinhändlern zum Verkauf kommt. Dieser Umstand ermächtigt den Abschluß von Lieferungsverträgen. Er gestattet auch, daß der zu nehmende Einfluß auf die Produktion im Sinne einer Vergrößerung gewonnen wird. Es fehlt uns sehr an Stoffen. Der Beschaffung des Gemüses stellen sich große Schwierigkeiten in den Weg, und die Samenpreise sind zum Teil auf das Hundertfache gestiegen. Während bei Wirsingohlf, Weißohlf und Rotkohlf für den Bedarf nur ein Pfund Samen erforderlich sind, ist bei der Zwiebel pro Zentner ein Zentner Samen, beim Spinat sogar zwei Zentner Samen erforderlich. Die Preise für Zwiebelohlf sind ungeheuer gestiegen. Der Zentner Samen, der früher 100 Mark kostete, kostet jetzt 3800 Mark. Deutschland war nie ein eigentliches Gemüseland. Die Einfuhr betrug in den Jahren 1910-13 im Durchschnitt 80 Millionen Mark, während der Gesamtwert der inländischen Produktion auf 300 Mill. Mark geschätzt werden kann. Wir sind also beim Gemüse um ein gutes Viertel auf das Ausland angewiesen. Während des Krieges aber ist die Gemüseinfuhr der Menge nach auf 1/4 zurückgegangen. Jetzt soll mit allen Kräften für eine vermehrte Einfuhr gesorgt werden. So hoffen wir, im März junge Maispflanzen aus Rumänien zu erhalten, deren ausgezeichnetes Gemüse ergebende, Dänemark liefert uns in der Hauptstadt Weiskohlf, die Zierst Peters und Mören. Wir haben mit ihr einen Lieferungsvertrag in Höhe von 20 Millionen Mark geschlossen, aber die gesamte Einfuhr ist von der Militärverwaltung mit Weiskohlf belegt worden, um den Truppen das so beliebte Gericht: Möre mit Weiskohlf liefern zu können. Wir versuchen, die Einfuhr weiter zu steigern. Besonders legen wir größten Wert auf das Frühgemüse. Wir haben einen umfangreichen Abschluß getroffen, der uns täglich 500 Baggelungen Frühgemüse liefert. Vorläufig aber geht die Einfuhr der Menge nach noch zurück. Wir haben einer ungeheuren Steigerung des inländischen Bedarfs gegenüber, der die 8-10fache Friedenshöhe erreicht hat. In unserem Millionenbereich gibt es nur wenige, die früher an Gemüsekonsumen und Warmelade gewöhnt waren. Jetzt werden sie damit versorgt. Und auch die im Lande zurückgebliebene Bevölkerung ist immer mehr zu vegetarischer Kost gezwungen.

fenilleton.

Nordsee-Weser-Werra-Main-Donau-Verbindung.

Die Unterlagen für die Spezialausarbeitung des Bauplanes einer Weser-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße sind nunmehr fertiggestellt worden. Die Grundlage dieses Bauplanes bildet das von der Hauptversammlung des Vereins für Schiffahrtsförderung der Werra am 28. November 1915 in Hann.-Münden einstimmig gutgeheißene Projekt des Senators F. W. Weyer in Göttingen. Hiermit sind in Verbindung gebracht die Baupläne der Firmen Geselein u. Gontag in Berlin-Friedenau und Grün u. Billinger in Hannover. Die Kosten des gesamten Bauwerkes dieses Bauplanes sind auf 70 000 000 Mark berechnet. Die Spezialausarbeitung der einzelnen Teilstrecken des 730 Kilometer langen Bauwerkes wird mit dem Bayerischen Kanalbauamt in Nürnberg gemeinsam durchgeführt; die Kosten werden gemeinsam getragen, die in Betracht kommenden Staatsregierungen, Gemeinden, Vereine, Industrieverbände und Private haben erhebliche Zuschüsse geleistet und weitere finanzielle Hilfe in sichere Aussicht gestellt.

Voraussetzung des Gesamtprojektes ist die Schiffahrtsbarmachung der Werra bis Wernshäulen und darüber hinaus die Herstellung einer Verbindung mit dem Main. Diese Schiffahrtsbarmachung soll von vornherein mit einem Tiefgang der zu kanalisierenden Werra durchgeführt werden, die 1000-Tonnen-Schiffe auch während der wasserarmen Zeit regelmäßigen Verkehr gewährleistet; zu diesem Zweck werden zahlreiche Kalzieren im Quellgebiete der Werra und ihrer Nebenflüsse angelegt, die der Werra das nötige Speichervermögen zuführen, außerdem aber in Verbindung mit Staumauern der Kraftausnutzung durch elektrische Überlandzentralen dienen sollen.

Die in Verbindung mit dem Projekt des Senators F. W. Weyer in Göttingen stehenden Baupläne der Firmen Geselein u. Gontag in Berlin-Friedenau und Grün u. Billinger in Hannover sehen die Fortführung der Kaiserliche von

Werra wir die inländische Produktion erhöhen, so muß der Anbau der unbedingte Gemüße haben, daß er das, was er produziert, zu lebendigen Treiben absetzt. Der Bedarf aber selber muß sich in gewohnter Weise eindecken können. Das führt zurück zu dem Gedanken der Lieferungsverträge. Sie stellen unmittelbare Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher her. Wir haben vier Arten von Lieferungsverträgen entworfen: zwei beziehen sich auf das Herbstgemüse, zwei auf das Frühgemüse. Der Unterschied war notwendig, weil für das Herbstgemüse, das eine Dauerware ist, ein einheitlicher Preis festgelegt werden konnte. Das Frühgemüse beträgt keine weiten Transporte und hat in den verschiedenen Gegenden verschiedene Preise. Das hat uns aber nicht abgehalten, die Hand auch auf das Frühgemüse zu legen. Sätten wir es nicht getan, so würde sich das Publikum bestig auf das Frühgemüse gestürzt haben und Preise wären eingetreten, die es dem armen Mann nicht hätte ermöglichen können, sich an den Lieferungsverträgen über Frühgemüse nichts tun zu lassen. Die Verträge über das Frühgemüse können keine einheitlichen Preise festlegen, es wird in ihnen nur vorgeschrieben, wie die Preise zu finden sind. In jedem Wirtschaftsjahre sollen Preiskommissionen aus Erzeugern und Verbrauchern unter Vorsitz eines unabhängigen Vermittlungsbeamten eingesetzt werden, die die Preise unter Zustimmung der Reichsgemeinschaft festzusetzen haben. In Deutschland sind etwa 60 solcher Wirtschaftsjahre vorhanden, die in fünf große Gruppen eingeteilt sind. In jeder dieser Gruppen wird ungefähr Preisgleichheit herrschen. Am 15. März wird die Reichsweite Wirtschaftsjahre festlegen, die solange gelten, bis die Preiskommissionen den Preis gefunden und festgelegt haben. Wir erfassen nur die Erzeugerpresse. Die Vorgänge auf dem Ansel- und Obstmarkt aber zeigen, was für Zustände eintreten, wenn nicht auch ein Zwischenglied gefunden wird. Deshalb ist jetzt vorgeschrieben, daß für jeden Geschäftsbereich zwischen Klein- und Großhändler und zwischen Großhändler und Produzenten in Gemüse Schlußpreise vorgeschrieben werden. Ein jeder hat den Radweg zu führen, von wo man und zu welchen Preisen er Ware erlangen hat. Wir können sagen, daß durch die Lieferungsverträge die Hälfte der Produktion erfasst werden wird. Für ihn aber werden die Höchstpreise festgelegt werden. Immer aber wird dafür gesorgt sein, daß derjenige, der seine Lieferungsverträge abschließt, sich besser stellt als derjenige, der den freien Markt verlor. Bei dem Frühgemüse wird es sich darum handeln, es mit größter Schnelligkeit auf den Markt zu treiben. Es werden 1200 Sammelstellen im deutschen Reich in der Nähe der Bahnhöfe eingerichtet werden, die mit großer Schnelligkeit die Märkte versorgen können. Die Wünsche des Großhandels konnten nicht förmlich berücksichtigt werden. Ganz ausgeschlossen ist seine Wiedergewinnung für das Auslandsgeschäft. In Holland waren infolge des Lieberbieters der Händler die Preise so in die Höhe gezogen, daß die holländische Regierung die Grenzen sperren, weil ihre Bevölkerung nicht mehr zu vernünftigen Preisen kaufen konnte. Auch die daraufhin getroffene Regelung, daß nur solche Händler, die mit dem Ankauf von Gemüse für Kommunalverbände betraut waren, für den Ankauf in Holland zugelassen wurden, half nicht. Auch die Vertreter dieser Kommunalverbände überboten sich gegenseitig. Seit der Zentralisierung unseres Einfuhrs in Holland sind die Preise bedeutend gefallen. Der Wunsch des Handels, der unbedingt für den Verkehr mit dem Auslandsgeschäft selbst gesorgt werden muß, hat hier keine Hindernisse vorhanden. Es hat Berlin 14 000 Kleinmengenabnehmer. Wird das nach Berlin kommende Gemüse an diese 14 000 Händler abgegeben, so erhält jeder einzelne Händler zu geringen Quanten, das für nur für seine eigene Familie, für seine Bekanntschaft und Fremdbekanntmachung ausreichen, und der gewöhnliche Sterbliche unverföhrt bleibt. Andere Wünsche des Handels werden erfüllt werden. Die Kommissionäre werden zum größten Teil aus dem Handel genommen werden.

Politische Rundschau.

Hiltringen, 14. Februar.

Der mit dem parlamentarischen Regierungssystem! Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hr. v. Richter sagt sich in der Verl. Vorlesung, mit dem Einhalten aus einander, gegen seine Ausführungen erhoben hätte. Dabei geht er ausführlich auf die verfassungsrechtlichen Folgen ein, die die Einführung des parlamentarischen Systems nach seiner Meinung haben würde:

„Es ist“, sagt er, „durchaus auffassend, daß eine ganz- legende Änderung der Reichsverfassung einer Einmütigkeit zum parlamentarischen System vorzugehen muß. Das haben die führenden liberalen deutschen Politiker, denen im Jahre 1867 der Bismarcksche Verfassungsentwurf nicht die geeignete Grundlage für Deutschlands zukünftiges politisches Leben erschien, wohl erkannt. Daher die Forderung nach einem wirksamen, vorwiegend Reichsministerium an Stelle eines reinen Reichsministeriums, des Reichstages. Ein solches Reichsministerium würde allerdings in unvollständiger Einmütigkeit zum parlamentarischen Regierungssystem mit Sicherheit überleben. Die Folge seiner Einmütigkeit würde somit wohl eine gewisse Verfestigung innerhalb der jetzigen Gestalt im Reich, keineswegs aber eine Befestigung seines bismarckschen Charakters sein.“

Hr. v. Richter geht dann näher auf die geschichtliche Entwicklung der Reichsverfassung ein, erwähnt die verschiedenen Möglichkeiten, die damals erörtert wurden, und unterwirft schließlich die Frage, welche staatsrechtliche Stellung die Bundesorgane gegenüber dem parlamentarischen Regierungssystem einnehmen könnten. „Die Bundesstaaten“, schreibt er, „sollten den Bundesrat formal durchaus so bestehen lassen wie heute oder sie könnten die Gesamtheit ihrer in der Exekutive liegenden Souveränitätsrechte dem Kaiser übertragen. Eine allzu große Bedeutung würde das nicht haben, da nach der Reichsverfassung, soweit die Exekutive in Frage kommt, sowieso dem Bundesrat nur wenig Befugnisse geblieben sind. Allerdings eine allzu große Einmütigkeit eines Reichsoberhauses in Frage, damit die Bundesstaaten in die Lage versetzt werden, ihre Souveränitätsrechte legislativer Art entsprechend zur Geltung zu bringen. Soll auf die Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches besonderer Wert gelegt werden, so könnte man sich vorstellen, daß ein solches Reichsoberhaus ausschließlich aus Mitgliedern bestehen würde, die von den Regierungen und Parlamenten der Bundesstaaten zu bestimmen wären. Hierin würde allerdings eine Unbilligkeit mit dem Senate der Vereinigten Staaten zu finden sein, dessen Mitglieder durch die gesetzgebende Behörde jedes einzelnen Bundesstaates gewählt werden.“

Aus dem Reichstage. Der Hauptauschuss des Reichstags hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, am Tage vor dem Wiederantritt des Reichstags sich wieder zu verammeln. Am 11. d. d. 10. Uhr vormittags, zusammenberufen worden. Er soll sich bereits mit den neuen Steuerentwürfen zu beschäftigen haben.

Aus dem preussischen Landtage. Das preussische Abgeordnetenhaus trat am Dienstag wieder zusammen. Es kam noch nicht zur zweiten Lesung des Etats. Zunächst wurden die Anträge über die Steuerfreiheit der Leuerungsanlagen beraten. Da auch Anträge vorlagen, welche die privaten Leuerungsanlagen steuerfrei machen wollten, erhob der Finanzminister lebhaften Widerspruch, weil man sich damit auf eine abschüssige Bahn begeben würde und die Konsequenzen nicht abzulesen ließen. Genosse Hue wandte sich gegen Ungerechtigkeiten, die in der bisherigen Zuerkennung von Leuerungsanlagen begangen worden sind und appellierte an das Haus, sich durch das Annahmehar der Minister nicht einschüchtern zu lassen. Schließlich wurden die Anträge an den Bundesrat zurückverwiesen. Dann folgte die zweite und dritte Lesung der Regierungsvorlage betr. Bereitstellung von 200 Millionen Mark Staatsbeihilfe für die Kriegswahllospflanze der Weirunden. Damit verbunden wurden

Wernshäulen mit Ansdorf des Coburger, Sonneberger und Gildburgbäuer Industriebezirks nach Bamberg und Nürnberg vor, um über Donauwörth Ansdorf verbindungen mit Augsburg und München zu schaffen, um auf diese Weise die rund 100 000 Sektar Eisenlager in Oberfranken zu erschließen und mit Hilfe der neuen Groß-Schiffahrtswasserstraße über den Werra-Weinkanal diese Erze dem rheinisch-westf. Industriegebiet zuzuführen. Umgekehrt sollen Kohlen und Fertigeisen auf diesem Wege billiger nach Hiltringen und Bayern verfrachtet werden können. Um diese Verbindung mit Bayern von der Werra aus zu ermöglichen, sollen die Wäner der Firma Grün u. Billinger in Hannover zu durchbrechen und mit einem 9 Kilometer langen Tunnel eine Kanalstrecke von 37 Kilometer Länge hergestellt, wodurch der Kanal Bamberg ohne Benutzung von Nebenflüssen erreicht werden könnte.

In ähnlicher Richtung sollen Richtenfels-Kulmbach-Bayreuth in dieses Interessengebiet mit einbezogen werden; eine Schleufe in Hofbach mit 23 Meier Schalle im Rheine des Bamberger Rheines stellt die Verbindung zum Main her. Oberhalb Haltenbrunn kann dann ohne jede Geländehindernisse Nürnberg erreicht werden. Von hier ist über Treutlingen bei Donauwörth die Donau erreicht, wo ein bedeutender Ansdorfkanal nach Würzburg führt. Auf diese Weise wäre die Donau auf dem geradesten Wege über die Werra und Weier mit der Nordsee, aber auch mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch den Werra-Weinkanal verbunden, wodurch nicht allein der Binnenverkehr neue und große Ziele geseht, sondern auch die thüringische und oberfränkische Industrie neu belebt werden könnten. Nach der nunmehrigen Fertigstellung der generellen Unterlagen sollen die umfangreichen Vorarbeiten, die, wie erwähnt, mit 70 000 Mark veranschlagt sind, unverzüglich in Angriff genommen werden.

Preisend mit viel schönen Reden...

(Eine Parodie.)
Aber mit viel schönen Reden,
Kautschuk patent und Jeff.

Sagen vier moderne Schieber
hängt beim Wein im Hütchenhof.

„Auslandsliefer“, sprach der eine,
„Woche ich aus mozem Quarz,
Auf den Linsloch streich ich „Gemois“
Und ich nehm für Geld in „Wald“.“

Strich sich dann die runde Weste
Und er trant als Patriot
Eine gute deutsche Karte:
Schwammlein „Hammelschäfer Rot“.

„Suppenstraß und Reichsbrot-Wästel“,
Sprach darauf der zweite Herr,
„Stell ich her aus blentom Sotze,
Dieses für ich mit Couleur.“

Und das ganze wird dann sorglich
In die Wirtschaft gebracht,
Und er trant in „Hofe „Gins“,
Und Roschins Müller mach.“

„Reichlichkeit ist's halbe Leben“,
Sag darauf der dritte an,
„Sag, was glaubst du, woraus man
Gute Weite machen kann?“

Ich verkauf's als Primo-Weise
Und ich soll je her aus Ton!
Und er trant in „Hofe und Hütchen“,
Mit dem roten Hütchen-Roden.

Doch der letzte, der bescheiden
Seinen Weg nicht abgibt,
Wurde, als er lottete herte,
Festig und sprach aufgeregt:

„Hört! Ich hab' hab' hab' hab' hab'
Sich so gut wie für die Hay!
Ich steh' mich für hoch und niedrig,
Denn ich mach' Kunst- und...“

(Welt am Sonntag.)

Der Baum.

Die Baumwelt beginnt am besten mit dem Buche von Götter gefasst sein; man findet das Baumwelt, die Welt des Baums, die Welt der Bäume...

Der Baum.

Die Baumwelt beginnt am besten mit dem Buche von Götter gefasst sein; man findet das Baumwelt, die Welt des Baums, die Welt der Bäume...

Kamen die Fächerliche Götter für bewusste Götterwelt erfüllt sein. Die Fächerliche Götterwelt...

Der Baum.

Die Baumwelt beginnt am besten mit dem Buche von Götter gefasst sein; man findet das Baumwelt, die Welt des Baums, die Welt der Bäume...

Der Baum.

Die Baumwelt beginnt am besten mit dem Buche von Götter gefasst sein; man findet das Baumwelt, die Welt des Baums, die Welt der Bäume...

Der Baum.

Die Baumwelt beginnt am besten mit dem Buche von Götter gefasst sein; man findet das Baumwelt, die Welt des Baums, die Welt der Bäume...

Unterhaltungs-Beilage.

Mittwoch, 15. Februar 1917.

31. Jahrgang. Nr. 13.

Himmels.

Von Wilhelm Wink.

Wonnig du schlichst ausgeht, es wurde dir befohlen. Du Irrenst nicht und lachst laut: Ich hab ich endlich Frieden!

Offhard.

Eine Geschichte aus dem sechsten Jahrhundert von Joseph Wink von Götter.

Offhard war in der Tat einmüde. Wandersünder zu sein, war für einen Mann, der sich nicht für die Welt der Welt...

Durch Wink und an hohen Schicksale vorüber führte ihn sein Weg. Und wieder und wieder...

Der sechshundert Jahre war die Zeit, die er mit sich brachte. In diesem Jahre...

Offhard war der Vermittler. Eine Geschichte aus dem sechsten Jahrhundert...

Sonnen und Götter.

Die Sonne und die Götter. Die Sonne und die Götter. Die Sonne und die Götter...



Landesbibliothek Oldenburg

10

Norddeutsches Volksblatt

Donnerstag
den 15. Februar 1917

Beilage.
31. Jahrg. Nr. 38.

Kriegssteuern 1917.

Wie im vorigen Jahre wird sich der Reichstag auch in diesem mit der Frage beschäftigen müssen, wie für die steigenden Ausgaben des Reiches Deckung zu beschaffen sei. Daß die Kriegskosten selbst durch Steuern nicht aufgebracht werden können, sondern daß man zu ihrer Aufbringung auf den Weg der Anleihe gewiesen ist, liegt auf der Hand. Aber es geht nicht an, etwa auch noch die Zinsen der sich häufenden Reichsschulden damit zu bezahlen, daß man neue Schulden macht. So war die Finanzreform von 1916 ein bedauerlicher Verlust, den noch etwas Ähnliches wie Ordnung in den deutschen Reichsfinanzen aufrecht zu halten, und dieser Versuch wird im Jahre 1917 mit verlässlichen Mitteln wiederholt werden.

Dem Reichstag werden bei seinem Zusammentritt am 22. Februar oder etwas später neue Steuerentwürfe vorliegen. Geplant ist, soweit bisher bekannt, eine Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer sowie die Einführung von Verkehrssteuern und einer Steuer auf Rohle.

Ueber die geplante Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer braucht nicht viel gesagt werden. Der Gedanke der Kriegsgewinnsteuer ist bekanntlich schon im Herbst 1914 von der Sozialdemokratie in die Diskussion genommen worden, und als gerechtes Ausmaß dieser Steuer wurden von sozialdemokratischer Seite hundert Prozent vorgeschlagen. Der Kriegsgewinn sollte weggezurrt werden, da niemand ein Recht habe, sich an dem Unglück der andern zu bereichern. So die sozialdemokratische Forderung im Herbst 1914, übrigens war es ähnlich seit dem auch oft schon in bürgerlichen Blättern und selbst in amtlichen Kreisblättern zu lesen. Der Kriegsgewinn ist ein unbilliger, antisozialer Gewinn: Er ist also das erste am wenigsten zur Schöpfung geeignete Objekt der Kriegsteuerung.

Als zweites Objekt der Kriegsteuer würden nun logischer Weise auch die großen Vermögen an die Reihe kommen, die sich während des Krieges nicht oder nicht wesentlich vermehrt haben. In beiderlei Hinsicht ist das Kriegsteuergesetz des vorigen Jahres diesem Gedanken entgegengekommen, indem es den Begriff des sogenannten entgangenen Kriegsverlusts einführte und auch diejenigen Vermögen mit berücksichtigte, die seit Kriegsausbruch nicht um mehr als 10 Prozent abgenommen hatten. Es ist aber nicht einzusehen, warum nicht jene großen Vermögen, die sich während des Krieges nicht vergrößert haben, mit entsprechenden Beiträgen zur Kriegsteuer mit heranzuziehen werden. Darin darf man sich allerdings nicht täuschen, daß der gesamte Bedarf des Reiches auf dem Wege der Vermögens- und Einkommensbesteuerung überhaupt nicht mehr aufzubringen ist. Wenn wir Sozialisten in früheren Zeiten den Gedanken stets ablehnten, den Sozialismus durch die Verwirklichung des Steuerfiskus einzuführen, so müssen wir bekennen, daß heute die Aufbringung der Reichsfinanzen auf den Weg ohne eine tiefgreifende wenn nicht vollständige Expropriation der Besitzenden überhaupt nicht durchführbar wäre. So sehr wir diese Expropriation wünschen und anstreben, so wissen wir doch, daß sie durch das mechanische Mittel der Besteuerung nicht durchführbar ist, da sie nur in Verbindung mit einer vollständigen organisatorischen Umänderung unseres gesamten Wirtschaftslebens gedacht werden kann. Die geplante Besteuerung des Verkehrs auf Bahnen und Wasserwegen sowie die Besteuerung der Rohle kann aber gar nichts anderes sein als ein vorläufiger und dabei sehr bedenklicher Ausweg. Zunächst drängt sich schon ein rein fiskalisches Argument gegen diese Steuern auf. Denn heute ist der größte Teil des Verkehrs ohnehin Reichstransport. Und ein gewaltiger Teil dessen, was mit

Hilfe von Rohle produziert wird, geht gleichfalls in die Reichswirtschaft ein. Ein großer Teil dessen also, was das Reich mit der rechten Hand nehmen würde, müßte es mit der Linken wieder ausgeben.

Aber auch für die allgemeine Volkswirtschaft bedeutet die Rohle- und die Verkehrssteuer in Verbindung mit der schon im Vorjahr eingeführten Umsatzsteuer eine Belastung, an die man früher gar nicht zu denken gewagt hätte. Die Tendenz ist unübersehbar: Während die indirekte Besteuerung in früheren Zeiten nur bestimmte sorgfältig ausgewählte Wirtschaftszweige traf (Branntwein, Bier, Tabak usw.) soll sie jetzt alle Gebiete treffen. Sie geht hinunter bis zu den Burgeln der Produktion und legt sich fort bis ins feinste Glied der Distribution. Um eine Ware herzustellen, braucht man Rohle, und die Rohle wird besteuert. Um sie in den Verkehr zu bringen, braucht man Transportmittel, und die Transportmittel werden besteuert. Um sie aus einer Hand in die andere zu bringen, muß man sie verkaufen, und der Umsatz wird besteuert. So wird jede Ware, gleichgültig ob sie dem Luxus dient oder höchstnötiger Verbrauchsgüter ist, einer dreifachen indirekten Steuer unterworfen.

Damit ist aber der Punkt erreicht, an dem, um mit einem beliebigen Sagenwort zu reden, die Quantität in die Qualität umschlägt. Die indirekte Steuer wird, in dem sie sich auf alle Gebiete der Erzeugung wie des Verbrauchs verbreitet, eine allgemeine Wirtschaftsteuer des Reichs, und in nicht zu knappem Maße, Teilnehmer und Nutznießer am allgemeinen Wirtschaftserfolg. Es ist dies der letzte Verlust, den Bedürfnissen des Staatsorgans selbst zu greifen. Statt man sich nun weiter vor, daß dies alles doch nur ein beschränkter Anfang ist und daß die Größe des ganzen Finanzproblems erst nach Abschluß des Krieges klar werden wird und daß diese noch unübersehbare Größe mit jedem Kriegstage steigt, lo begreift man die Sorge, mit der die Vertreter und Nutznießer des kapitalistischen Systems der Zukunft entgegen sehen. Wenn sie nach einer Kriegsentlastung rufen, so legen sie damit nur, daß sie andere Mittel erprobiert werden wollen, um nicht selbst expropriert zu werden.

Bürgervorsteherkollegiumsitzung.

Wilhelshaven, 13. Februar.

Nach Eröffnung der Sitzung spricht zunächst Herr Bürgermeister Bartelt seinen Dank aus für die ihm vom Kollegium aus Anlaß eines Trauerfalles erwiesene Teilnahme.

1. Kämmerer- und Sparkassenangelegenheiten. Es werden die Revisionsprotokolle der Prüfungen der Kämmerer- und Sparkasse zur Kenntnis genommen. Im Anschluß daran werden 3000 RM. Ueberweisungen des Borschlusses der Sparkasse bemittelt und anstelle des verstorbenen Sparkassenverwaltersmehles Lopen Herr Bockholdt gewährt.

2. Eingliederung der militärischen Jugendübungen in den Lehrplan der Fortbildungsschule. Das Kollegium erweitert den Fortbildungsschulunterricht um die militärischen Jugendübungen durch eine Forderung des Ortsrates über die Fortbildungsschule. Herr Meinede hält es für empfehlenswert, daß auch die ungelerten jugendlichen Arbeiter, die die Fortbildungsschule nicht besuchen, den Übungen angeführt werden. — Hr. Gayer betont, daß auch alle ungelerten Arbeiter aus gewerblichen Betrieben fortbildungsschulpflichtig sind und ohne weiteres unter die Forderung fallen. Ob es auch im kaufmännischen Berufe so sei, entziehe sich seiner Kenntnis. — Hr. Bockholdt er-

klärt, daß Kaufleute u. a. nicht die Fortbildungsschule besuchen. — Hr. Gayer meint, daß die jugendlichen Arbeiter aus dem Kaufmannsgewerbe müßten zum Fortbildungsschulbesuch gezwungen werden. — Hr. Gayer ist der Ansicht, daß das letztere über die Kompetenz des Kollegiums hinausgehe. Das sei Sache der Aufsichtsbehörde. Seiner Ansicht nach müßten aber alle jungen Leute zur Fortbildungsschule. — Hr. Stöltje meint, daß die Fortbildungsschulpflicht für das Soldatengewerbe recht schwierig sei, besonders jetzt im Kriege, wo fast alles männliche Personal eingesetzt sei. — Hr. Gayer versteht das letztere, meint aber, daß in besonders schwierigen Fällen natürlich Dispens gewährt werden müßte und auch würde. — Syndikus Läger legt die rechtliche Seite der Sache dar. Die Erweiterung des Lehrplanes sei notwendig, weil das Schöffengericht die Verpflichtung der Teilnahme an den militärischen Jugendübungen aufgrund des Stundenplanes als ungültig erklärt hat. — Nach einigen weiteren Bemerkungen wird der Vorlage zugestimmt. Eine längere Debatte entspinnt sich noch über die Anregungen des Hr. Meinede, die ungelerten jugendlichen Arbeiter den militärischen Jugendübungen zuzuführen. Die Anregungen sollen aber weiter geprüft werden.

3. Wahl einer gemischten Kommission betr. Errichtung einer weiblichen Fortbildungsschule. Das Kollegium wählt in diese Kommission Hr. Meinede, Hr. Gayer, Hr. Gayer, Hr. Gayer und Kaufmann v. d. Brille, nachdem Bürgermeister Bartelt kurz einen Überblick auf die Bestrebungen gegeben hatte zur Vorbereitung einer solchen Fortbildungsschule, in deren Lehrplan vornehmlich die Haushaltungswissenschaft und die Kinder- und Säuglingsfürsorge den ersten Platz einnehmen werden. Es seien aber noch umfangreiche Vorarbeiten notwendig, die die Kommission erledigen solle. Die Kommission soll auch das Recht der Ergänzung haben.

4. Kriegssilber. Es wird beantragt, aus Sparkassenüberschüssen 10000 Mark zur Verfügung zu stellen für durch den Krieg bedrohte Krisisten. Der Betrag soll der städtischen Hilfskasse überwiesen werden. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Der Stadt Wilhelshaven ist das englische Gefangenenlager Leish (Vancouver) für die Reichswehr, wofür 1000 Mark schon früher bewilligt worden sind, überwiesen worden.

5. Bürgergerichtsvereitelungen. Den Herren Heine, Laefcher und Bergmann wurde das Bürgergericht erteilt.

6. Schulnisse. Beantragt und beschlossen wird die Erweiterung der Hilfskasse um eine Klasse. Die erforderliche Gehaltsfindet gleichfalls Bewilligung.

7. Nachweilungen. Es werden eine Reihe Beträge nachgewilligt, die sich meist aus geringen Beträgen ergeben haben. Es handelt sich im wesentlichen um Beträge aus dem Borschlusse des Elektrizitätswerkes in Höhe von 500, 700, 400, 500 und 500 Mark.

8. Verdienste. Dem Brieskauerverein werden 25 RM. für einen Preis bewilligt. — Einem Schausteller wird aus Billigkeitsgründen die Hundsteuer erlassen.

Hr. Liechitz bemängelt die Verschaffenheit des Gases der Gaskanal. Trotz aller Schwierigkeiten könne das Gas besser geliefert werden. Der Magistrat müsse in dieser Sache etwas tun. — Bürgermeister Bartelt entgegnet, daß dem Magistrat irgendwelche Klagen nicht zugegangen sind. Mängel seien die letzte Zeit wohl vorhanden gewesen, aber sie könnten wohl natürliche Ursachen haben. Schließlich könne man ja von seiten der Stadt eingreifen. — Hr. Gayer ist beauftragt die Klagen des Herrn Liechitz. Es sei an einigen Tagen das Gas einfach undraufbar gewesen. Das bewirkt, in den Gasleitungen ein ständiges Pro-

Feuilleton.

Ein Don Juan von der Wasserlaute.

Von B. B. Jacobs.

Christenfen leuchtete, und jeder holte einige Münzen hervor. Der Preis fiel an Bräutchen, der sich gegen die Antwort lehnte und langam die klare Flüssigkeit in sein Glas laufen ließ.

„Es ist mehr dreier, als ich dachte,“ bemerkte Christenfen übertrieben.

„Ja, das kommt bei Duddeln vor.“

„Na, prost!“ sagte Fritz gutmütig. „Ich hoffe, daß Sie immer etwas für den Durst habt.“

„Du hast doch nicht alles ausgekostet, Fritz?“ fragte Christenfen ängstlich.

Fritz schüttelte den Kopf. „Für einmal ist das zweier,“ sagte er, nahm den Krug zwischen seine Arme und sah nach dem Bande hinüber. Dann fuhr er fort: „Das macht einen ganz warm. So'n Bonnemilch hab ich in mein ganzen Leben noch nicht getrunken. Ich bin schon ganz dufflich.“

Der Koch geriet vor Reiz beinahe in Hysterie. Seine Erregtheit fingerte sich noch, als der Junge das Glas wieder an seine Lippen setzte, es langsam leerte und dann seinem Gefährten gab, und es auszuwischen.

Einmal später bogoben sich alle Mann an Land, wo sie pianos auf der Landstraße spazieren gingen und sich die Zeit bis zum Beginn der Feierlichkeit damit vertrieben, daß sie eine Jagd auf die kleinen Jungen veranlaßten, die mit Steinen nach ihren Hüften zielten und sie am Kopf trafen.

„Glückselbst selbst war ganz ruhig; nur Frau Peterens Gaus befand sich in einem Zustand von Aufregung. Frauen mit Schwabadeln im Händchen wanderten hin und her; sobald sie einer der beiden Bräute ansichtig wurden, bestärkten sie sie mit Nadeln und troten dann zurück, um die Wirkung zu sehen. Einmal ein Bräutchen, in welchem Blick, hielt sie

ganz steif und gerade; Frau Jürgenlen in heliotrofarbem Gewande blühte auf die Straße und wurde immer unruhiger, so oft sie an Fenster trat. „Nun setz auch aber mal hin,“ sagte jemand schließlich, „alle beide, hört ihr? Ihr habt jetzt nichts weiter zu tun, als auf die Herren zu warten.“

Ein Klüftern ging durch die Reihen, daß Herr Diefels Verzögerung daran liegt, daß er Käppn Bartels abholen müsse. Je mehr Zeit verstrich, desto größer wurde die Unruhe in der Versammlung, und feinsinnige Blicke wanderten dahin, wo Frau Jürgenlen lag. Fensterhänge waren besonders begehrt, und einzelne Gäste gingen sogar bis zur Gardendür, um einen Blick auf die Landstraße zu gewinnen. Und immer war noch nichts von Käppn Bartels zu sehen.

„Es wird wirklich Zeit, daß sie kommen,“ meinte Frau Peteren mit erster Stimme.

In diesem Augenblick entstand an der Gartentür eine Bewegung und ein niedliches kleines Mädchen telegraphierte mit ihren Augen, daß die erwartete Herrschaften in Sicht kämen. Einige Minuten später konnte man sie vom Fenster aus erkennen. Käppn Bartels in einem nagelneuen Anzug marschierte an der Spitze eines Juges, dessen Rothhut von der Mannschaft der Röde und einer Schar von leichten Truppen aufgebracht wurde, die sich auf die Planken verteil hatten; als sie näher kamen, bemerkte man, daß Käppn Bartels Antlitz lehr bleich war, und daß seine Hand zitterte; jedoch betrat er doch Gaus mit festem Tritt und ohne eines Beschlusses zu benötigen.

Ueber seine Aufnahme herrschte nirgends an j nur einen Augenblick der leiseste Zweifel. Die jungen Frauen lächelten und winkten ihm mit dem Kopfe zu.

Die Damen in mittlerem Alter nahmen ihn bei der Hand, während die ganz alten ihre Lieberzeugung ausdrückten, daß sie ihm keine Wunsch, eine Gattin beizubringen, schon seit Jahren angedehnten hätten. Er empfing all die zarte Rücksicht, die einem hervorragenden Konvertiten gebührt. Auf einem Stuhl an der Wand sitzend, betrachtete er die Gesellschaft mit der Arme eines kleinen Jungen, der sich auf sein linkes Gesicht orientiert hat.

Schließlich machte sich die begeisterte Reue, die alle beherrschte, in einigen Fragen Luft.

„Ich hätte Sie, sagen Sie und hoch, wie zum Himmel“

querest der Gedanke, heiraten zu wollen?“ forschte eine der holden Damen.

„Frau Jürgenlen,“ sagte der Seemann einfach. „Das versteht sich,“ erwiderte die Matrone, „aber war es Liebe auf den ersten Blick, oder wurde die Neigung in Ihnen, bevor Sie selbst eine Ahnung davon hatten?“

Käppn Bartels errödete: „Die Neigung wuchs in mir, ehe ich es selbst wußte,“ versetzte er.

„Ich denke mir,“ sagte eine Dame mit romantischen Neigungen, „daß Sie zuerst gar nicht wußten, was los war?“

„Allerdings nicht,“ Madame,“ stimmte ihr der Kapitän mit unsicherem Ausdruck bei. „Nemund war mehr erstaunt als ich selbst.“

„Wie seltsam,“ sagten mehrere.

Sie blühten ihn gütlich an, und die jüngste der Brautjungfern, ein frühestes Kind von zehn Jahren, flatterte auf seine Arme und stellte Vergleiche zwischen dem beiden Bedürfnigam an, die Herrn Diefel lächeln machten.

„Ich denke, es ist Zeit, daß wir beginnen,“ sagte Frau Peteren und suchte mit ihrer Stimme das Gemirr zu überhören. Käppn Bartels und Sie Herr Diefel und die anderen Herren bitte ich nun, sich auf den Weg zur Kirche zu machen.“

Die Herren erhoben sich gehoramt, stellten sich in feierlichen Schreihen der Reihe nach auf und machten sich dann auf den Weg nach der einige hundert Schritt weit entfernten Kirche; die Mannschaft der Röde bildete den Beschluß, ohne aus neue von der Straßengänge gereizt zu werden. Käppn Bartels weih bis zum heutigen Tage noch nicht, wie er zur Kirche hingelange; er leucht es entschieden ob, sich der Auffassung von Käppn Lembe anzuschließen, die er als eine Ausgeburt seiner Phantasie bezeichnet. Ebenfalls befreit er aber auch die Wahrheit einer Behauptung, die an jenem Abend in der Stadt umherlief, bezwahrte er bei der Trauungszeremonie auf die Hauptfrage des Pfarrers geantwortet haben sollte: „Das wird wohl so sein.“

Als er aus der Kirche kam, summte es ihm in den Ohren, und es schwam ihm vor seinen Augen. In seinem Arm hing etwas, was er mehrere Male abschlüsselt verlor, bis er merkte, daß es Frau Bartels war.

(Fortsetzung folgt)

